



Mit und ohne Gott für eine bessere Welt

Kolumne von Raju Sharma, 28. Dezember 2009

Von Raju Sharma, religionspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

In manchen Angelegenheiten bin ich richtig konservativ. Meine Termine zum Beispiel verwalte ich nicht mit dem Mobiltelefon oder mit dem Computer, sondern auf althergebrachte Weise mit einem real existierenden Taschenkalender. Genau genommen handelt es sich dabei um ein kleines Ringbüchlein, das man jedes Jahr mit neuen Loseblatteinlagen befüllt. Für mich ist das eine klassische Aufgabe für lange Winterabende zum Jahreswechsel. Wobei das Auswechseln der Blätter natürlich nicht wirklich zeitaufwändig ist. Aber manchmal löst ein zufälliger Seitenblick auf einen vergangenen Termin durch die Erinnerung an die dazugehörigen Menschen und Begebenheiten so etwas wie einen persönlichen Jahresrückblick aus, bei dem die Gegenwart in den Hintergrund tritt.

Mein Kalender hält aber auch unglaublich nützliche Informationen für die Gestaltung der Zukunft bereit, wie zum Beispiel internationale Telefonvorwahlen, Tabellen zur Umrechnung von Konfektionsgrößen und

anderen wichtigen Maßeinheiten, aber auch die religiösen Feiertage der wichtigsten Glaubensrichtungen. Die Christen kommen dabei am besten weg. Unter den Christen - das weiß in Norddeutschland jeder Erstklässler - sind die Katholiken besser bedient als die evangelischen Glaubensbrüder und -schwestern. Was wohl zur protestantischen Arbeitsethik passt, andererseits aber auch irgendwie unfair erscheint, weil hierzulande die meisten der wichtigen christlichen Feiertage ja zugleich auch arbeitsfreie Tage sind.

Tatsächlich ist die unterschiedliche Würdigung von Feiertagen aber eher eine Randnotiz, wenn es um die Verhältnis des Staates zu den einzelnen Religionsgemeinschaften geht. Viel wichtiger ist die Frage, ob es angesichts von mittlerweile rund 4,3 Millionen Muslimen in Deutschland vertretbar ist, an öffentlichen Schulen verpflichtenden Religionsunterricht vorzuschreiben, der sich ausschließlich auf die christliche Lehre beschränkt. Und auch wenn die jüdischen Gemeinden nicht so hohe Mitgliederzahlen haben, so gäbe es in Deutschland auch hier genügend Gründe, diese Glaubensrichtung von Staats wegen mit der gleichen Achtung zu behandeln wie die christlichen Kirchen. DIE LINKE unterstützt daher die Bemühungen einiger Länder zur Einführung eines Ethikunterrichts, der der gebotenen staatlichen Neutralität in Glaubensfragen hinreichend Rechnung trägt.

Besonders offenkundig wird die Ungleichbehandlung der Religionsgemeinschaften bei den sogenannten Staatsleistungen. Jahr für Jahr zahlen die Bundesländer Millionenbeträge an die Kirchen, um diese für über zweihundert Jahre zurückliegende Enteignungen in Folge der Säkularisation zu entschädigen. Weil der Bund trotz eines seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrags bis heute keine

Grundsätze zur Ablösung dieser Staatsleistungen aufgestellt hat, haben die Länder rechtlich praktisch keine Möglichkeit, die in den "Staatskirchenverträgen" festgeschriebene Vermischung von staatlichen und kirchlichen Aufgaben aufzuheben. DIE LINKE wird hierzu im kommenden Jahr konkrete Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen, um auch insoweit die Ungleichbehandlung der Religionsgemeinschaften in Deutschland abzubauen und die von der Verfassung vorgesehene Trennung von Staat und Kirche endlich zu verwirklichen.

Unabhängig von parlamentarischen Initiativen wird es aber auch 2010 darauf ankommen, ein gesellschaftliches Klima für einen interreligiösen Diskurs zu schaffen, bei dem Offenheit und gegenseitiges Vertrauen im Vordergrund stehen. Hier gibt es bereits ermutigende Signale aus allen Kirchen und Religionsgemeinschaften, die im Umgang mit Andersgläubigen häufig sehr viel entspannter sind, als ihre selbsternannten Mitstreiter aus politischen Parteien, die mit Forderungen nach Kopftuch- oder Minarettverboten in der Bevölkerung Ängste schüren und damit den Boden für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bereiten. Was wieder zeigt, dass es letztlich immer an uns selbst liegt: Ob wir an einen Gott glauben oder nicht - wer dazu beitragen möchte, diese Welt friedlicher, toleranter und vielleicht auch gerechter zu gestalten, der kann dies mit und ohne Glaubensbekenntnis tun.